

Soziale Sicherung | 01.06.2016 | Lesezeit 5 Min.

Bedingungsloses Grundeinkommen - bisher nur Experimente

Am 5. Juni 2016 stimmen die Schweizer über das bedingungslose Grundeinkommen ab - und werden es wohl ablehnen. Ist das Modell trotzdem ein Vorbild für Deutschland und die übrige EU?

Minarettverbot, Masseneinwanderung, Mindestlohn, Managergehälter - und jetzt das bedingungslose Grundeinkommen: So manch eine Volksabstimmung in der Schweiz sorgt im übrigen Europa für fast schon ungläubiges Staunen.

Zwar müsste der Schweizer Gesetzgeber im - unwahrscheinlichen - Fall eines positiven Votums die Ausgestaltung des Grundeinkommens regeln, es steht jedoch ein konkreter Vorschlag der Initiatoren im Raum. Demnach sollen alle 6,5 Millionen in der Schweiz wohnenden Erwachsenen ohne Wenn und Aber 2.500 Franken im Monat erhalten, den 1,5 Millionen Kindern würden jeweils 625 Franken monatlich zugestanden. Ein solches Grundeinkommen würde jährlich 208 Milliarden Franken kosten - das entspricht einem Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts und den gesamten Staatsausgaben des Jahres 2014.

Ein solches Grundeinkommen würde jährlich 208 Milliarden Franken kosten - das entspricht einem Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts und den

gesamten Staatsausgaben des Jahres 2014.

Es wäre zudem fünfmal so viel, wie die Schweizer 2015 in Bildung investiert haben. Finanzieren soll sich das Ganze so:



1. Weil das Grundeinkommen staatliche Leistungen wie Altersversorgung und Sozialhilfe zum Teil ersetzt, sparen die Schweizer Sozialversicherungen rund 55 Milliarden Franken.
2. Außerdem müsste jeder Erwerbstätige seinen monatlichen Verdienst bis zur Grenze von 2.500 Franken an den Staat abgeben. Wer weniger als 2.500 Franken verdient, gibt also weniger ab, als er oder sie an Grundeinkommen erhält. Alle anderen würden eigenes Einkommen gegen einen Transfer vom Staat eintauschen. Auf diese Weise, das versprechen sich zumindest die Befürworter des Schweizer Grundeinkommens, kämen 128 Milliarden Franken zusammen.

Damit bliebe eine Finanzierungslücke von 25 Milliarden Franken. Um diese zu decken, müsste zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf 16 Prozent verdoppelt werden.

Diese Rechnung steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass niemand sein Erwerbsverhalten ändert – Geringverdiener und Teilzeitbeschäftigte also weiterarbeiten, obwohl ihnen der Staat unter Umständen mehr Geld gibt als ihr Arbeitgeber –, ohne eine Gegenleistung zu verlangen. Soll es sich für diese Menschen weiterhin auszahlen zu arbeiten, müssten ihre Löhne wohl spürbar steigen. Welche

Folgen das für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hätte, lässt sich heute noch nicht absehen.

Finnland testet verschiedene Grundeinkommensmodelle

Um solche Risiken gar nicht erst einzugehen, hat sich Finnland für ein anderes Vorgehen in Sachen Grundeinkommen entschieden (Tableau): Dort werden ab dem kommenden Jahr unterschiedliche Modelle getestet. Gesucht wird ein System, das die Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt und die Anreize zur Schwarzarbeit so gering wie möglich hält.

Grundeinkommen international: Ein seltenes Modell

Schweiz

Diskutiertes Modell:	Bedingungsloses Grundeinkommen
Dauer:	Permanent, Einführung gegebenenfalls nach Volksabstimmung am 5. Juni 2016
Höhe:	Vorgeschlagen sind monatlich 2.500 Franken je Erwachsenen und 625 Franken je Kind. Abgestimmt wird jedoch nur über die Einführung des Grundeinkommens. Über die tatsächliche Höhe und konkrete Ausgestaltung entscheidet der Gesetzgeber.
Teilnehmer:	Alle in der Schweiz wohnenden Menschen
Kosten:	Nach Berechnungen des Schweizer Bundesrats müsste der Staat rund 208 Milliarden Franken pro Jahr aufbringen

Finnland

Diskutiertes Modell:	Unterschiedliche Varianten zur Erprobung
Dauer:	Testphase von 2017 bis 2019
Höhe:	Vorgeschlagen sind rund 1.000 Euro monatlich
Teilnehmer:	Verschiedene repräsentative Bevölkerungsgruppen
Kosten:	Staat muss über zwei Jahre insgesamt 20 Millionen Euro aufbringen

Kenia

Modell:	Einmalige Pauschale oder über neun Monate gestückelte Zahlung
Dauer:	2011 bis 2021
Höhe:	Umgerechnet einmalig rund 1.000 US-Dollar für jeden teilnehmenden Haushalt
Teilnehmer:	20.213 Haushalte bis 2015
Finanzierung:	Private Spenden an die Nichtregierungsorganisation „Give Directly“

Kanada

Orte:	Winnipeg (damals rund 450.000 Einwohner) und Dauphin (10.000 Einwohner) in der Provinz Manitoba
Modell:	Garantiertes jährliches Einkommen, negative Einkommensteuer
Dauer:	Experiment von 1975 bis 1978/1979
Höhe:	Je nach Familiengröße jährlich umgerechnet 3.800 bis 5.800 US-Dollar. Der Transfer reduzierte sich für jeden Dollar an selbstverdienstem Einkommen um 35 bis 75 Cent.
Teilnehmer:	1.300 Haushalte
Kosten:	Umgerechnet 17 Millionen US-Dollar, davon 75 Prozent vom Staat aufgebracht. Eine sachgemäße Auswertung des Experiments fand nicht statt, weil die Finanzierung nicht zur vollständigen Datenerhebung ausreichte.

USA

Orte:	New Jersey, Seattle/Denver, Gary, Iowa
Modell:	Negative Einkommensteuer
Dauer:	Experiment für rund drei Jahre zu Beginn der 1970er Jahre
Höhe:	Unterschiedliche Ausgestaltung, garantiertes Niveau von 50 bis 140 Prozent der Armutsgrenze. Für jeden Dollar an selbstverdienstem Einkommen oberhalb davon wurde der Transfer um 30 bis 80 Cent gekürzt.
Teilnehmer:	Rund 5.600 Menschen
Finanzierung:	Zu 100 Prozent vom Staat aufgebracht

Quellen: Schweizer Bundesrat, Kela (Finnische Sozialversicherungsanstalt), Forger (2011), Haushofer und Shapiro (2011), Hum und Simpson (1991)

© 2016 IW Medien / iw

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Ein Experiment zum Grundeinkommen wagt auch eine kalifornische Investmentfirma im Silicon Valley: Die Start-up-Financiers von „Y Combinator“ wollen einer Gruppe ausgewählter Personen fünf Jahre lang ein Grundeinkommen auszahlen. Die Investoren haben für dieses Projekt im Januar 2016 eine Forschungsstelle ausgeschrieben, um zu untersuchen, wie eine gesicherte finanzielle Basis das Verhalten von Menschen verändert und ob der gesellschaftliche Nutzen am Ende höher ist als die Kosten.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens

fasziniert seit 50 Jahren

Auch wenn die Initiativen in Finnland und der Schweiz das Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“ wieder stärker ins öffentliche Licht gerückt haben - neu ist die Diskussion nicht. Bereits seit den 1960er Jahren fasziniert die Idee, dass ein reiches Land seinen Bürgern via Grundeinkommen ein selbst verantwortetes Leben ohne Auflagen vom Sozialamt gewährt und jeder seine Zeit zwischen Erwerbsarbeit und anderweitigem Engagement nach freiem Ermessen aufteilen kann.

Bereits seit den 1960er Jahren fasziniert die Idee, dass ein reiches Land seinen Bürgern via Grundeinkommen ein selbst verantwortetes Leben ohne Auflagen vom Sozialamt gewährt.

Gleichzeitig schien und scheint es auf diesem Weg möglich, den staatlichen Sozialapparat auf ein Minimum zu reduzieren. Auch das ist ein Grund, weshalb sich Befürworter und Gegner des Grundeinkommens quer durch alle politischen und ökonomischen Lager finden.

In den 1970er Jahren haben die USA und Kanada mit dem Grundeinkommen experimentiert

Umso erstaunlicher ist es, dass das Grundeinkommen kaum jemals ernsthaft erprobt wurde. Anfang der 1970er Jahre fanden insgesamt vier Experimente in US-Städten statt, und zwar in New Jersey, in Gary und in Iowa sowie ein gemeinsames in Seattle und Denver. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Teilnehmer zu geringe Arbeitseinkommen angaben, weshalb die Auswertungen mit Vorsicht zu genießen sind. Der Test in den kanadischen Städten Winnipeg und Dauphin musste abgebrochen werden, weil das Geld ausging. Es reichte nicht mal, um die vorliegenden Daten zu analysieren.

Sowohl das Experiment in Kanada als auch das in den USA orientierten sich am Modell der negativen Einkommenssteuer, das auf den Ideen des neoliberalen US-Ökonomen Milton Friedman fußt: Transfers werden demnach mit zunehmenden eigenen Einkommen abgeschmolzen, aber nicht komplett gestrichen - bis zu jener Einkommensgrenze, ab der dann die normale Steuerpflicht greift. Herausfinden wollte man vor allem, wie sich ein solches garantiertes Grundeinkommen auf den

Arbeitswillen auswirkt. Was dabei nun tatsächlich herauskam, ist nach wie vor nicht ganz geklärt.

Cash-Transfers unterstützen Entwicklungspolitik

Viel besser ist dagegen die Datenlage eines aktuellen Projekts in Kenia. Seit 2011 hat die hauptsächlich aus privaten Spenden finanzierte Nichtregierungsorganisation „Give Directly“ an über 20.000 kenianische Haushalte ein einmaliges Jahresbudget von umgerechnet 1.000 US-Dollar verteilt. Eine erste Studie dazu hat ergeben, dass die Ausgaben für Nahrungsmittel, Medizin und Bildung im Grundeinkommensjahr nachhaltig steigen, während die Ausgaben für Alkohol und Tabak zurückgehen. Das Stresslevel der Teilnehmer hat sich merklich reduziert und ihr Wohlbefinden verbessert.

Man kann aus den Erfahrungen mit den Cash-Transfers in Kenia eher Lehren für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik ziehen als für die Ausgestaltung des Sozialstaats in Industrieländern.

Und was lernen wir daraus? IW-Ökonom Matthias Diermeier hält die Erfahrungen in Kenia grundsätzlich für eine gute Nachricht, die die Befürworter eines Grundeinkommens bestärkt. Aber: „Man kann daraus eher Erkenntnisse für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik ziehen als für die Ausgestaltung des Sozialstaats in Industrieländern.“ Ob und in welcher Form ein Grundeinkommen auch für wohlhabende Länder taugt, darüber können dann wohl in einigen Jahren die Experimente in Finnland Aufschluss geben.

Kernaussagen in Kürze:

- Ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz würde so, wie es die Initiatoren der Volksabstimmung vorgeschlagen haben, mindestens 208 Milliarden Franken im Jahr kosten – ein Drittel des Schweizer Bruttoinlandsprodukts.
- In Finnland werden ab dem kommenden Jahr unterschiedliche Grundeinkommensmodelle getestet, um herauszufinden, welches System die Arbeitsanreize möglichst wenig schmälert.

- Die Organisation „Give Directly“ hat mit Cash-Transfers an kenianische Haushalte gute Erfahrungen gemacht.